

## Ausführungen von Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup auf der VCI-Wirtschaftspressekonferenz 2022 (Videokonferenz)

17. März 2022

### **(Es gilt das gesprochene Wort)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch von mir ein herzliches Willkommen zu dieser Pressekonferenz. Ich freue mich auf den anschließenden Dialog mit Ihnen.

Es fällt mir offen gestanden heute nicht leicht, über wirtschaftliche Zahlen und Fakten zur Lage der Branche zu sprechen. Ihre Bedeutung relativiert sich mit Blick auf die Bilder und Nachrichten von Tod und Zerstörung durch die russische Invasion in der Ukraine.

Wir wissen, dass Sie zu den Auswirkungen des Krieges auf die Branche viele Fragen haben, die uns zum Teil schon in den letzten Tagen erreichten. Heute treten wir hier an, um offen gebliebene Punkte zu beantworten – soweit es uns in einer Situation maximaler Unsicherheit derzeit möglich ist. Außerdem werden wir zumindest eingeschränkt unserer Berichtspflicht zu den ökonomischen Indikatoren für den Jahresabschluss 2021 nachkommen.

Vorweg: Unsere Einschätzung von Mitte Dezember 2021 (Produktion +2 Prozent und Umsatz +5 Prozent) zur Entwicklung der Branche im laufenden Jahr hat sich überholt. Ein Update der Prognose für das Gesamtjahr 2022 ist uns derzeit nicht möglich. Dazu sind die ökonomischen Verwerfungen durch den Krieg, die dynamische Entwicklung der Variablen und die Zahl der politischen Unsicherheitsfaktoren in ihrer Tragweite zu komplex. Jegliche quantitative Einschätzung wäre im großen Maße spekulativ.

Seit über drei Wochen wütet der Krieg nun in der Ukraine. Noch immer beherrscht Artillerie statt Diplomatie das Geschehen. Unschuldige Menschen sterben jeden Tag. Fast drei Millionen – vor allem Frauen und Kinder – sind inzwischen auf der Flucht. Sie haben aus Angst vor den Kriegsfolgen ihre Heimat verlassen und mussten Ehemänner, Väter oder Söhne in der Ukraine zurücklassen, die sich Putins Truppen entgegenstellen. Die russische Invasion ist ein brutaler Anschlag auf das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und eine demokratische Gesellschaftsform.

Unsere Branche steht zu den Beschlüssen der EU für Sanktionen und den Entscheidungen in Berlin. Die Unternehmen setzen die politischen Vorgaben als Maßnahmen auf den Angriffskrieg konsequent um. Er ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Daran ändern auch die staatliche Propaganda, Lügen und Fake News aus dem Kreml nicht das Geringste.

Viele unserer Unternehmen beteiligen sich nicht nur mit erheblichen Geldspenden, um Hilfe für die Bevölkerung in der Ukraine zu leisten. In Nordrhein-Westfalen engagieren sich Mitgliedsfirmen des VCI für eine humanitäre Aktion, die unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Wüst steht. Auch auf Bundesebene engagiert sich ein breites Bündnis von Fachverbänden und Unternehmen der Branche. Dabei geht es um schnelle und unbürokratische Hilfe zur Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten für die Menschen in der Ukraine. Das renommierte Hilfswerk **action medeor** übernimmt bei beiden Initiativen Transport und Verteilung der dringend benötigten Sachspenden.

Die Unternehmen stehen auch zu ihrer Verantwortung für ihre Mitarbeiter in den Betrieben im Kriegsgebiet. Sie tun alles, was in ihrer Macht steht, um ihnen und ihren Familien zu helfen – so schwierig das unter den katastrophalen Umständen ist. Insgesamt beschäftigt die Branche nach unserer Schätzung aktuell mehr als 3.000 Personen in der Ukraine.

Der Krieg löst aber auch eine Fülle von möglichen Folgen für die Zukunft der Wirtschaft in Europa aus. Diese Schockwellen erreichen auch die chemisch-pharmazeutische Industrie als eine der energie- und rohstoffintensiven Industriezweige in diesem Land. Bevor ich dazu komme, möchte ich Ihnen ein Update zu den endgültigen Jahreszahlen 2021 der Branche geben. Die Einzelheiten zum vierten Quartal des letzten Jahres können Sie unserer Zusammenfassung entnehmen. Nur so viel dazu:

Zum Jahresende 2021 zeigten sich deutliche Bremsspuren im Chemiegeschäft. Die Engpässe bei Logistik und Vorprodukten sowie kräftig steigende Energie- und Rohstoffkosten machten der Branche zunehmend zu schaffen. Die Nachfrage nach chemisch-pharmazeutischen Produkten blieb zwar hoch und die Auftragsbücher füllten sich weiter. Doch wegen der Störungen in der Lieferkette konnte die Produktion nur noch wenig (+0,6 Prozent ggü. Vorquartal) ausgeweitet werden. Die Kapazitätsauslastung ging sogar zurück (82,3 auf 81,5 Prozent). Kostensteigerungen konnten nicht in vollem Umfang an die Kunden weitergereicht werden. Dadurch gerieten die Gewinnmargen unter Druck.

Insgesamt erzielte die Branche trotz Pandemie und anderer Widrigkeiten aber eine erfolgreiche und beachtliche Bilanz für das Gesamtjahr 2021:

- Die **Produktion** stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 Prozent. Ohne Pharma belief sich das Mengenwachstum auf 5,0 Prozent. Nahezu alle Sparten bis auf das Segment Körperpflege und Waschmittel (-1,7 Prozent) profitierten von der Entwicklung. Ein besonderes Plus mit einem Zuwachs von 16,3 Prozent bei den Absatzmengen erzielte die Produktgruppe der Polymere, die zum Beispiel in der Automobil- und Verpackungsindustrie oder der Bauwirtschaft und für Sportartikel benötigt werden.
- Der **Umsatz** legte aufgrund des kontinuierlichen Anstiegs der Erzeugerpreise (+9,3 Prozent) im Jahresverlauf um 17,9 Prozent auf 225 Milliarden Euro zu. Das Auslandsgeschäft entwickelte sich dynamisch (+17 Prozent) und steuerte mit 140 Milliarden Euro fast zwei Drittel (62 Prozent) zum Gesamtergebnis bei.
- Die Zahl der **Beschäftigten** in den Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie stieg leicht (+0,5 Prozent) auf jetzt 466.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Auch die Ausgangslage für das Geschäftsjahr 2022 schien positiv. Noch zu Jahresbeginn waren die Unternehmen trotz der genannten Schwierigkeiten überwiegend zuversichtlich gestimmt. Sie gingen davon aus, dass sich die Auftriebskräfte im Jahresverlauf allmählich durchsetzen würden, denn das Pandemiegeschehen machte Hoffnung auf eine wirtschaftliche Erholung. Die Situation hat sich mit dem Kriegsbeginn in der Ukraine am 24. Februar grundlegend geändert:

Krieg und Sanktionsmaßnahmen werden deutliche Spuren in der Weltwirtschaft hinterlassen. Die Inflation wird Auftrieb erhalten. Die neuen und komplexen Unsicherheiten werden Konsum, Investitionen und damit das Wachstum dämpfen. Die Effekte sind erheblich. Wenn in den kommenden Wochen die

Wirtschaftsinstitute ihre Analysen und Prognosen vorlegen, wird das ganze Ausmaß des Schadens für die europäische Wirtschaft sichtbar werden. Statt des erhofften endemischen Aufschwungs steht uns in Europa eine Rezession ins Haus. Nach unserer Blitzumfrage in Mitgliedsunternehmen für diese Pressekonferenz rechnen jetzt 54 Prozent mit einem Rückgang von Umsatz und Produktion für 2022. Vor dem Ukraine-Krieg glaubte noch gut die Hälfte an ein Umsatzplus.

Der durch den Krieg ausgelöste massive Anstieg der Energiepreise belastet vor allem die energieintensiven Teile der deutschen Wirtschaft. Hierzu zählt auch unsere Branche – vor allem die Grundstoffchemie.

Bereits vor Kriegsausbruch haben die Strom- und Gaspreise für industrielle Kunden stark angezogen. In den letzten Wochen hat sich die Situation weiter verschärft. Seit Beginn des Krieges stiegen die Gaspreise im Schnitt um mehr als 70 Prozent auf über 150 Euro je Megawattstunde. Im Januar lagen die Preise noch bei rund 80 Euro.

Das stellt die Chemieunternehmen vor wachsende Probleme. Denn die Energiekosten sind in Europa – insbesondere in Deutschland – im internationalen Vergleich ohnehin hoch. Das belastet die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und erschwert die Weitergabe von Kostensteigerungen an die Kunden.

Laut unserer **Mitgliederbefragung** Ende Februar litten 60 Prozent der Chemieunternehmen erheblich unter einer starken Beeinträchtigung ihres Geschäfts durch hohe **Energiepreise**. Aktuell sind es jetzt 70 Prozent. Mit Absicherungsverträgen und veränderten Lieferkonditionen versuchen die Unternehmen, sich Luft zu verschaffen. Aber ihr finanzieller Spielraum schwindet mehr und mehr: 85 Prozent der Befragten berichten, dass sie steigende Produktions- und Beschaffungskosten entweder gar nicht oder nur zum Teil weitergeben können. Dies führte bereits vereinzelt zu Produktionsverschiebungen ins Ausland und Drosselungen einzelner Anlagen im Inland, da diese nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden konnten. Das gilt zum Beispiel für die Ammoniakproduktion.

Stark steigende Energiepreise sind aber nicht das einzige Problem für die deutsche Industrie. Die deutsche Wirtschaft muss seit Monaten mit erheblichen Engpässen bei Vorprodukten und zunehmenden Störungen in den internationalen **Lieferketten** und der Logistik zurechtkommen. Das dämpft trotz guter Auftragslage die Produktion. Prominentes Beispiel hierfür ist der Chipmangel, der insbesondere der Automobilindustrie schwer zu schaffen macht.

Störungen der Lieferketten, Logistikengpässe und Materialmangel belasten auch das Chemiegeschäft. Knapp 60 Prozent der Unternehmen klagten Ende Februar über eine starke Beeinträchtigung ihres Geschäfts durch fehlende **Vorprodukte**. Hier ist keine Trendwende in Sicht. Im Gegenteil: Durch den Ukraine-Krieg nehmen die Störungen rund um die Lieferketten wieder zu. Nach unserer Blitzumfrage hat sich der Anteil aktuell auf 80 Prozent erhöht.

Die **wirtschaftliche Verflechtung** der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie mit den Kriegsparteien ist zwar überschaubar, sie ist aber nicht unerheblich: Russland und die Ukraine machen in Summe fast 3 Prozent der deutschen Chemie- und Pharmaexporte aus. Das waren zuletzt gut 6,8 Milliarden Euro. Die Branche ist zudem mit Tochterunternehmen vor Ort aktiv: Auf die Region entfallen rund 2 Prozent der Direktinvestitionen unserer Branche im Ausland. Die rund 70 Betriebe beschäftigten nach unserer Schätzung insgesamt etwa 20.000 Personen vor Kriegsbeginn.

Wie sich die direkte **Präsenz unserer Unternehmen in Russland** und ihre Handelsbeziehungen mit russischen Kunden in Zukunft darstellen werden, lässt sich für die Branche nicht verallgemeinern. Das hängt von den politischen Vorgaben und vor allem den spezifischen Produkten der Häuser ab. Arzneimittel nehmen hier zum Beispiel eine Sonderrolle ein. Außerdem ist eine Verstaatlichung von Betrieben nicht auszuschließen. Vermutlich wird das Geschäft mit der gesamten Region in Zukunft deutlich geringer ausfallen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte nun dazu kommen, wie wir die bisherigen Schritte der Bundesregierung und der EU-Kommission in der sich verschärfenden Situation für die Wirtschaft bewerten.

Die Welt hat sich in den letzten Wochen dramatisch verändert. Vieles ist nicht mehr, wie es war. Ein „Weiter so, wie bisher“ ist daher ausgeschlossen. Gebot der Stunde ist also, dass jetzt in Berlin und Brüssel ein Check-up der laufenden Gesetzesvorhaben und eine Neubewertung der politischen Prioritäten erfolgt. Ich betone aber ausdrücklich, damit kein Missverständnis entsteht: Wir stehen zu den politischen Zielen des EU Green Deal und des Klimaschutzes. Keine Frage! Aber alles auf einmal geht nicht!

Jetzt fordert der Erhalt der Wirtschaft alle Kräfte. Erst wenn das gelungen ist, können wir wieder über den notwendigen Umbau diskutieren. Was ist also zwingend notwendig, welche Projekte lassen sich aufschieben oder zurückstellen?

Für die Prioritätensetzung sehen wir drei Kategorien:

### **Erstens: Erhalt und Stabilisierung der Unternehmen**

Aus unserer Sicht gehören dazu alle zeitnahen Lösungen, die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie unterstützen und so die Wirtschaft und Arbeitsplätze stabilisieren. Hier spielen die kurzfristige Abschaffung der EEG-Umlage, Reduzierung der Energiesteuer auf das EU-Minimum oder ein vorübergehendes Aussetzen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung zum Beispiel eine Rolle. Parallel muss die Energiewende mit dem Ausbau erneuerbarer Energien und der nötigen Infrastruktur mit aller Kraft vorangetrieben werden. Ein Mehrfaches an Geschwindigkeit ist jetzt gefordert.

### **Zweitens: Überforderung verhindern, ein Jahr aufschieben**

Dazu zählen zum Beispiel das Mammutprojekt der EU-Chemikalienstrategie mit dem Riesenpaket der Novellierung der REACH-Verordnung oder das nationale wie europäische Lieferkettengesetz.

### **Drittens: Neu bewerten und zurückstellen**

Hierzu gehört aus unserer Sicht das Brüsseler Projekt CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich. Das Akronym dazu lautet **CBAM**. Die Wirksamkeit dieses Vorhabens für den Klimaschutz ist ohnehin stark umstritten und eine WTO-konforme Ausgestaltung steht in den Sternen. Es droht ein Bürokratiemonster, das neue Handelshemmnisse aufbaut. Ein solches Ungetüm ist für die Zeit des Wiederbelebens der Wirtschaft nach der Krise absolut fehl am Platz.

Nicht nur wir meinen: CBAM richten für die Wettbewerbsfähigkeit der EU mehr Schaden an, als sie helfen dürften. Trotzdem läuft die Brüsseler Gesetzgebungsmaschinerie unvermindert auf Hochtouren. Allein zu diesem Vorhaben werden im Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes über 1.500 Änderungsanträge diskutiert.

Dabei muss es jetzt doch in der Achse Berlin-Brüssel darum gehen, die Industrie zu stärken, sie für den internationalen Wettbewerb fit zu halten und Barrieren abzubauen, statt neue zu errichten. Daher appellieren wir am Vorabend einer heraufziehenden Wirtschaftskrise an die Institutionen der EU, auf die Einführung dieses neuen Instrumentes zu verzichten.

Aus unserer Sicht ist der Plan der Bundesregierung viel Erfolg versprechender, internationale Partner für eine Art „Club der Willigen“ für mehr Klimaschutz zu gewinnen. Nicht Abschottung, sondern Einbindung führt zum globalen Ziel der Klimaneutralität.

Ich will hier aber keine generelle Brüssel-Schelte betreiben. So begrüßen wir die Ankündigungen der Präsidentin der EU-Kommission im Rahmen der Strategie REPowerEU und des Bundeskanzlers aus der Regierungserklärung. Beide sprechen sich dafür aus, den Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland beziehungsweise der EU massiv zu beschleunigen. Diese Beschlüsse sind standortstrategisch und klimapolitisch (neuer IPCC-Bericht) konsequent. Sie zielen darauf ab, unsere Volkswirtschaft unabhängiger vom Import fossiler Rohstoffe und Energie zu machen, ihre Beschaffung zu diversifizieren und gleichzeitig das Ziel Klimaneutralität erreichen zu können.

Richtig und wichtig ist auch das Bekenntnis, dass mehr Energieimporte von Flüssiggas für die Energieerzeugung als Brückentechnologie zur Klimaneutralität notwendig sind. Die Genehmigung und Realisierung der zwei geplanten LNG-Terminals in Deutschland muss mit Prio-1-Hochdruck und Unterstützung von Bund und Land vorangetrieben werden. Unsere Empfehlung: Sofort bauen und später genehmigen. Die Energieversorgung unseres Landes hat keine Zeit!

Gleichzeitig müssen wir uns vor Augen halten, dass diese Maßnahmen nur mittelfristig wirken werden und Jahre für die Realisierung benötigen. Über Nacht können wir unsere Energieerzeugung oder Rohstoffversorgung nicht auf Alternativen umstellen. Das kann nur sukzessive gelingen.

Die bittere Wahrheit ist: Selbst wenn wir durch eine Absenkung der Raumtemperatur im Winter, durch ein Tempolimit und den Verzicht aufs Autofahren oder durch Stromsparen unseren Bürgern viel zumuten, ist Deutschland noch auf Jahre hinaus auf Energielieferungen aus Russland angewiesen.

Wir warnen daher mit Nachdruck davor, einen **Importstopp** für Energie oder Rohstoffe aus Russland zu verhängen. Die gesamtgesellschaftlichen Belastungen – vor allem bei einem Embargo für russisches Erdgas – sind gravierend, in ihrer Breite kaum überschaubar und lang andauernd. Die Auswirkungen für die Energie- und Rohstoffversorgung nicht nur in unserer Branche wären fatal. Tiefe Einschnitte in das Produktionsniveau der chemisch-pharmazeutischen Industrie

wären nicht nur bei großen energieintensiven Unternehmen zu erwarten, sondern wären auch im Mittelstand und wohl über alle Sparten unvermeidlich.

Über die Wertschöpfungsketten würde sich der Effekt auf die gesamte Industrie in Deutschland fortpflanzen. Nahezu alle Branchen, wie etwa Landwirtschaft, Ernährung, Automobil, Kosmetik/Hygiene, Bauwesen, Verpackung, Pharma, Elektronik, wären dann von einer Unterbrechung ihrer Lieferketten betroffen. Mit einer schweren und mehrjährigen Rezession und einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen muss gerechnet werden. Und anders als in der Finanz- und Coronakrise würde sich bei einer Industriekrise Deutschland nicht relativ schnell wieder erholen. Dann steht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieses Landes auf dem Spiel. Deshalb hat die klare Position von Bundeswirtschaftsminister Habeck in dieser Frage unsere volle Unterstützung. Das aktive und besonnte Handeln unseres Wirtschaftsministers in diesen Wochen verdient maximale Wertschätzung.

Fazit: Es ist richtig, dass wir unsere energetischen Abhängigkeiten In Deutschland zügig diversifizieren müssen. Genauso wichtig aber ist es, dass wir uns darüber klar werden, wie wir der Ukraine in der aktuellen Situation am besten helfen können:

- Kurzfristig durch die Lieferung von Hilfsgütern und militärischer Ausrüstung, die Aufnahme von Flüchtlingen, Finanzhilfen und nicht zuletzt durch die konsequente Umsetzung der beschlossenen Sanktionen.
- Mittelfristig benötigt die Ukraine vor allem Unterstützung beim Wiederaufbau. Dies alles gelingt nur mit einer starken Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Wenn die Bundesregierung entgegen der Warnung vieler Experten und der Wirtschaft einen Importstopp auf russisches Gas beschließt, muss das Land diese Maßnahme auch konsequent durchhalten können. Denn vermutlich geht es nicht um Wochen, sondern um viele Monate oder sogar einen längeren Zeitraum. Kann unser Land ein Embargo aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen nicht für diese Zeit durchhalten, verlieren wir viel. Und zwar nicht allein gut bezahlte Arbeitsplätze. Deutschland verliert auch seine Glaubwürdigkeit. Und dies gleich mehrfach: gegenüber der Ukraine, gegenüber Russland, der Welt und unseren eigenen Bürgern. Die Solidarität mit der Ukraine darf nicht im Herbst enden, sondern muss glaubwürdig, belastbar und nachhaltig sein.



Um unser Land neu aufzustellen, braucht es einen ganz wesentlichen Hebel. Er entscheidet mit darüber, wie erfolgreich und wirksam all die Ankündigungen und Beschlüsse in Berlin oder Brüssel umgesetzt werden können. Dieses Element hat für die Resilienz der Rohstoff- und Energieversorgung, die Energiewende, für das Gelingen der Transformation und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes überragende Bedeutung:

**Planungs- und Genehmigungsverfahren** müssen massiv beschleunigt werden. Das Ziel der Bundesregierung, doppelt so schnell von A nach Z zu kommen als bisher, ist ein wichtiger Schritt. Es darf aber nicht ausschließlich für den Aufbau der Infrastruktur der Energiewende und mehr Kapazitäten von Sonne- und Windkraft gelten. Diese Vorgabe muss als genereller Anspruch auch für Industrieanlagen Anwendung finden, um Investitionen Rückenwind zu geben. Denn Windkraft allein macht noch keinen Klimaschutz. Die erzeugte Energie muss im nächsten Schritt auch in dafür angepassten Anlagen eingesetzt werden können. Für die Entschlackung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren haben wir unlängst einen Vorschlag mit neun Elementen vorgelegt und in einer Pressekonferenz vorgestellt. Diese Impulse zeigen: Wir können bei Genehmigungsverfahren schneller werden, ohne Abstriche bei Sorgfalt und Sicherheit vorzunehmen.

Meine Damen und Herren,

der Krieg in der Ukraine und seine politischen und wirtschaftlichen Folgen erzeugen enorme Unsicherheiten. Eine Zäsur wie durch die Corona-Pandemie ist möglich. Die politischen Prioritäten in Berlin und Brüssel müssen neu sortiert werden, um auf diese Herausforderung angemessen reagieren zu können. Einmal mehr zeigt sich aktuell, dass Nachhaltigkeit kein eindimensionaler Prozess sein kann. Ökologische, wirtschaftliche und soziale Erfordernisse müssen der Situation angemessen austariert werden.

\*\*\*\*\*